

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.50 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.35 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 12 Hfg. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Andergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Beilagen 20 Hfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 577.

Nr. 57.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 10. März 1931.

13. Jahrgang.

Nur dem Ernst, den keine Mühe bleicht,
Rauscht der Wahrheit tief verankerter Born;
Nur des Meißels schwerem Schlag erweicht
Sich des Marmors sprödes Korn.

Schiller.

Raum ohne Volk.

Mit Recht ist Grimms Buch: „Volk ohne Raum“, Volksbuch geworden im besten Sinn des Wortes, mit Recht hat es die Gewissen geweckt, denn seine These: „Wir sind ein Volk ohne Raum“, ist wahr, wenn wir auf den geistigen Lebensraum, auf die seelische und menschliche Erdrückung unfreies Volkes sehen, ist wahr, wenn wir die wahnsinnige völkerrechtliche Erpressung des deutschen Volkes ansehen, den Raum an geistigem und menschlichem Besitz. Aber falsch verstanden könnte diese These werden, wenn wir nach dem Bodenraum fragen, der uns bevölkerungspolitisch gebietet ist. Von hier aus gesehen sind wir nicht ein Volk ohne Raum, sondern wir werden immer mehr ein Volk ohne Volk. In dieser Hinsicht befinden wir uns nicht mehr in einer langsamen Entwicklung, sondern wir nähern uns mit einer, an der Lebensdauer der Kultur gemessen, rasenden Geschwindigkeit einem verhängnisvollen Nullpunkt. Wir rasen da einer Tiefe entgegen, deren Schmach und Schande direkt zur Kulturgeschichte wird.

Die parteipolitische Politik bisher aller Regierungen, diese Politik der Entwürfe und undurchgeführten Pläne, Politik des Augenblicks ohne Perspektiven, sie kann infolge ihrer verfahrenen und verfahrenen Blickrichtung nicht Politik der Zukunft treiben. Das ist die Tragik dieser Politik, daß sie nicht, wie jede große Politik, schicksalgestaltend ist für uns, sondern nur der Ausdruck eines Schicksals. Kein anderer als Spengler sagt: Deutschland steht unter der Fährnis von Parteien, das heißt bei uns, Verfassungspolitikern, welche die feigste und sinnloseste aller Revolutionen wenigstens materiell auszubenten versuchen.

Deshalb bleibt die Landwirtschaft unrentabel, und aus dem Bauernumstand erfolgt eine zunehmende Flucht in die Stadt — weil Wählermassen der Stadt billiges Brot verlangen, gleichviel, ob aus Amerika oder vom heimatischen Boden. Der Kampf für die Abschaffung des Abtreibungsparagrafen, eine Schar von Literaten, die in Romanen, Dramen und Filmen eine Erotik ohne Folgen behandeln, die Girkultur, die den weiblichen Körper nicht für die Mutterschaft, sondern für sportliche Leistungen ausbildet, das alles ist ein Vorhang des „panes et circenses“, das sich wie ein einstimmiger Ruf aus der römischen Zivilisation erhebt.

Will man den Grund für diese Entwicklung suchen, so muß man sehr weit in das vergangene Jahrhundert zurückgehen. Die Uebersteigerung des Verwahrlosten, das Verwahrlosten jedes Lebensvorganges, die Züchtung des bewußt handelnden Menschen, die Erziehung zur freien, unreligiösen, demokratischen „Persönlichkeit“, die gar nicht spürt, wie sehr sie an sich gebunden ist, ohne eigentliche Freiheit, all das sind Etappen auf einem Weg.

Immerhin ist das Schicksal uns günstig gewesen, aber aufgehoben ist das Ende damit nicht, nicht einmal stark verschoben. Jahrhundertlang hat uns das politische Geschick begünstigt. Wir haben nicht wie andere Völker unser bestes Blut in Kriegen der Uebersee verloren, wir haben die Auswanderungen verschmerzt. Die besten und edelsten Gestalten des Volkes sind bei uns nicht verbraucht in inneren Kämpfen und sinnlosen Revolutionen. Und doch stehen wir nun mitten in der Entwicklung zum raffemäßigen Tode.

Das Wort von der Ueberbevölkerung und der dadurch notwendig gewordenen Geburtenbeschränkung ist nicht ein novum unserer Geschichte, es hat so geklungen vor dem Untergang jeder Kultur. Immer hat lebensmüde Menschheit dieses Wort gebraucht, um dahinter die eigene Ermattung zu verbergen, um damit die Stimme des Blutes zu übertönen.

In Babylon und Ägypten, in China, Indien und Mexiko hat man zu bestimmten Zeiten so geredet, wie heute in Frankreich, Amerika und Deutschland. Erscheinungen wie Lindsay, Hirschfeld, Wolf und Sodann sind überall als Gehilfen des Volkselbstmordes aufgetreten. Und niemals hat es lange gedauert, bis das Schicksal sich erfüllte und an die Stelle des blühenden Volkes degenerierte Gorden traten und ihr Vieh über die Trümmerstätten führten. Dieses Geschick ereifte Babylon um das Jahr 2000 v. Chr., Ägypten um 1700 v. Chr., Indien um 400 n. Chr. Griechenland wird zur Zeit des peloponnesischen Krieges davon betroffen, Rom um 164 v. Chr.

Und in all diesen Kulturen vollzieht sich die gleiche Entwicklung: Erst wird das Land aufgesaugt und die Großstadt wächst ins Unermessliche. Die Güten auf dem Lande versinken, weil sie niemand mehr beziehen will, und in der Stadt entsteht ein Palast neben dem anderen. Bis der Stillstand kommt, und von da an geht auch die Stadt nun ohne Zutromm vom Lande, das bereits verödet ist, zu Grunde. Sie stirbt sichtbar aus, weil sie selbst ihr Menschenmaterial nicht mehr auffüllen kann.

So schwillt Rom im dritten Jahrhundert an, das Hinterland verödet. Von 1 000 000 Menschen im dritten Jahrhundert zählt es unter Konstantin nur noch 200 000 bis 300 000 Seelen. Beim Einzug Totilas konnte man nur mit Mühe noch 500 Einwohner zum Empfang zusammenbringen. Das Land wird von Fremden regiert.

Das alles hätte für uns nur kulturgeschichtliche Bedeutung, wenn sich das gleiche Schicksal nicht auch an uns erfüllte; sichtbar werdend in und an Berlin. Berlin hat nicht nur für Deutschland, sondern in der ganzen Welt die niedrigste Geburtenziffer. Neupork hat eine Geburtenziffer von über 20 Geburten auf 1 000 Menschen der Bevölkerung, London 17, selbst Paris 16, Berlin aber 10 im Jahre 1929. Es läßt sich berechnen, daß Berlin, wenn es heute keinen Zug mehr bekäme, in 60 Jahren statt der heutigen 4,6 Millionen Einwohner nur noch 1,5 Mill. und in 150 nur noch 90 000 Einwohner besäße. Auch die Kurve der Geburtenziffer spricht Bände: 1772 gab es auf 1000 Einwohner 45 Geburten; 1740 — 40; 1760 — 36; 1878 wieder 45; 1885 — 35; 1895 — 28; 1900 — 26; 1905 — 24,6; 1913 — 19,3; 1928 — 10,2; 1929 — 10. Man zählte 1927 in Berlin 40 000 Säuglinge, aber dafür 200 000 Hunde. All das wäre nicht so verhängnisvoll, wenn sich dieses Schicksal der deutschen Hauptstadt nicht auf das ganze Land ausdehnte. Wer Berlin kennt in seinen dumpfen Gassen und den breiten Straßen, den Wohnungshöhen und den Willen daneben, in seiner Politik und seiner sonstigen Geschwindigkeit, der könnte nur wünschen, daß die Stadt als Stadt zugrunde geht, nur um die Menschen ist es schade und verhängnisvoll. Aber die Tragik der Kulturen will, daß erst das Land stirbt und danach die Metropole, daß die Hauptstadt vom Lande zehrt, bis das ganze Mark aufgesaugt ist und dann erst zerfällt auch sie. Immer noch wird das Sterben in Berlin aufgewogen durch die frischen zufließenden Kräfte. Und der Wille zum Sterben geht von der Hauptstadt auf die Provinz über. Berlin wird in allem das Beispiel. Der Wille zum Tod frisst sich von dort her in die Provinzen auf dem Umweg über neue Lebensforderungen, er verzehrt die großen, aber ebenso auch die kleinen Städte. Wer offene Augen hat, der sieht in den kleinen Städten Berlin und die Nachahmung Berlins, immer wieder nur Berlin.

Wie die Menschenentleerung in Berlin um sich greift, zeigt am besten wieder die Zahl: Im Jahre 1925 zählt man in der Mark auf einem Quadratkilometer nur 66,4 Menschen, in Berlin dagegen auf 1 Quadratkilometer 4581 Menschen. Wo der Mensch nicht mehr zu Hause ist, wo ihm die Heimat fehlt, d. h. wo er die Heimat nicht mehr will, da wird die Wohnung zur Schlafstelle, das eigentliche Leben dieses Nomaden spielt sich im besten Fall im Verfall ab, meistens aber im Lokal und im Hotel. Für den Bauern ist es das Furchtbare, ohne Erben zu sterben, für den Großstädter ist es das Lebensideal, ohne solche Bindungen zu leben. Im Jahre 1929 sind in Berlin 70 000 Plätze in Vergnügungsfällen und Wirtschaften und Kinos neugebaut, neue Plätze, ein Zeichen, daß der Mensch der Großstadt in seiner Wohnung nicht mehr leben kann. Nicht weil sie zu eng ist, sondern weil sie ihn zur Befinnung und zur Stille bringen müßte. Ueberhaupt ist in diesem ganzen Prozeß wichtig, daß man erkennt, daß das Mäuerwerden und Nicht-mehr-leben-wollen ja nicht von den Kreisen ausgeht, bei denen die Wohnung etwa zu eng ist, sondern gerade die Villa wird zu eng, wie denn ja auch diese Kreise, die es sich sehr gut erlauben könnten, die tiefste Geburtenziffer aufzuweisen; der Tod kommt eben immer von oben. Die Seele des Menschen ist gestorben, darum kann er feste Bindungen gar nicht mehr eingehen, er kann gar nicht anders, als sich verändern und wechseln, als sich trennen und scheiden, denn es ist kein innerer Besitz mehr da, der ihn halten könnte. Darum sind die Kinos bis auf den letzten Platz überfüllt, das Berliner Planetarium, immerhin eine Angelegenheit der Seele, zählte in den letzten Monaten einen Abendbesuch von ca. 20 Menschen, es saß mehr als 1 000. Es muß im April geschlossen werden, weil die Unkosten nicht mehr lohnen. Von den Kirchen darf man schon gar nicht reden, um da nicht alle Hoffnung zu verlieren, daß sie jemals wieder gefüllt werden. Der Städter verliert den Willen zum Leben, im besten Fall wird er noch vegetie-

ren. Die Selbstmordziffer Berlins übersteigt die aller Städte Deutschlands. Die Ziffer in Deutschland stand bei der letzten Zählung auf 2,4 Menschen auf 10 000 Einwohner, in Berlin kommen 4,4 auf die gleiche Zahl. Warum auch leben, wo das Leben entleert ist, wo man sich selbst zum Gott gemacht hat und dann erkennen muß, daß man so nicht einen Schritt weiterkommt.

Zahlen könnten reden; Bücher zu uns sprechen, wenn der Mensch hier noch hören wollte, aber es ist wie bei Jeremia: Die Sünde besteht darin, daß der Mensch nicht mehr will. Es sind in dem letzten Jahr im Verlag der Süddeutschen Monatshefte von Richard Korberr Aufsätze erschienen, die mit aller Deutlichkeit auf die Entwicklung hinweisen. Sie sind lesenswert! Uns aber fehlen die Politiker mit dem historischen, weltgeschichtlichen Horizont, denn die Politik des letzten Jahrzehnts ist selbst nichts anderes als Wille zum Tod! M. Knolle, Romawes.

Verkehrsmonopol.

Die Reichsbahn hat mit der Speditionsfirma Schenker u. Co. einen Vertrag abgeschlossen, der in seiner Wirkung dieser Privatfirma eine Monopolstellung gewährt, die mit der Niederhaltung und Vernichtung eines Mittelstandsgewerbes verbunden ist. Die Erregung der Öffentlichkeit spiegelte sich in der Reichstagsdebatte wieder, in der mit seltener Einmütigkeit alle Parteien, bis zu den Kommunisten, die Gefahren darlegten.

Die Reichsbahn hat wiederholt Anlauf genommen, diesen Plan durchzuführen. Ihr war bekannt, daß der Verkehrsminister einen ähnlichen Plan bereits einmal abgelehnt hatte. Dies wissend, und wohl gerade aus diesem Grunde, schuf sie den Vertrag in aller Heimlichkeit und setzte ihn juristisch fest durch Unterschrift. Weder der Reichstag noch der Reichswirtschaftsrat noch der Verkehrsminister kannten diesen Vertrag, sie erfuhren ihn erst aus der Presse.

Ist so etwas überhaupt denkbar? Und doch ist es Tatsache, daß das wichtigste Verkehrsmittel einen so tief einschneidenden Vertrag ohne jede Zählungnahme mit der Reichsregierung abschließt. Das muß festgehalten werden. Es muß weiter festgehalten werden, daß die Reichsbahn es nicht für nötig erachtete, vorher mit dem Stand zu unterhandeln, dessen Vernichtung der Vertrag vorsieht.

Der Vertrag. Er wird mit einem Privatunternehmen geschlossen, dessen Gründer internationale Bindungen aller Art haben und selbst erst vor nicht langer Zeit die deutsche Staatszugehörigkeit erwarben. Er wird mit einem Privatunternehmen geschlossen, das bereits in Österreich verfuhrte, ein ähnliches Monopol durchzuführen, wo es aber abgelehnt wurde (woraus zu lernen die Reichsbahn sich anscheinend nicht verpflichtet hält). Er sichert diesem Unternehmen einen größeren Gewinn, als ihn der freie Spediteur bisher zu verzeichnen hatte. Er senkt die Beförderungskosten nicht etwa auf Kosten der Bahn, sondern auf Kosten eines Mittelstandsgewerbes. Er senkt diese Kosten aber nicht grundfänglich, sondern nur teilweise. Er bereitet ein allgemeines Verkehrsmonopol vor, dessen Nutznießer nicht die Öffentlichkeit, nicht der Staat, nicht die Wirtschaft sein wird, sondern die Besitzer der Schenker-Aktien und -Anteile und der Reichsbahnaktien.

Die Verteidigung der Reichsbahn. Die Reichsbahn behauptet, die Beförderungskosten seien zu hoch. Natürlich ist sie auf die Frage vorbereitet, warum denn dann nicht die Reichsbahn zunächst ihre Tarife senke, die um vieles höher, als vor dem Kriege liegen. Sie weiß darauf sofort eine Antwort. Sie selber kann nicht senken. Darum muß ein Mittelstandsgewerbe erhalten. Von den Beispielen, die die Reichsbahn zur Verteidigung des Vertrages anführt, ist zu sagen, daß sie irreführend sind. Eine Zeitung der Schwerindustrie, die mit halbem Herzen bei diesem Vertrag ist, aber eben nur mit halbem Herzen, spricht es aus, was der Fachmann mit noch etwas verberben Ausdrücken bezeichnet haben will: „Wir verzichten auf die Widergabe der Verteidigung der Reichsbahn, weil sie irreführende Beispiele wählt.“ („Hamburg-Korrespondent“) (DWB).

Die Reichsbahn weiß es sehr wohl, daß sie es in der Hand hatte, die Kosten des Rollfuhrdienstes zu senken, dazu bedurfte es keines Monopolvertrages. Trotzdem schiebt sie die „hohen Rollgelbfälle“ vor, die ihr ja zur Genehmigung vorgelegen haben. Die Reichsbahn weiß sehr wohl, daß das freie Speditionsgewerbe erheblich niedrigere Sätze für den Rollfuhrdienst rechnet, als die bahnamtlichen Unternehmen. Davon spricht sie nicht. Obwohl das freie Speditionsgewerbe den Hauptanteil an der Be-

wegung der Güter hat und nicht der bahnamtliche Roll-
dienst.

Die Reichsbahn versteht sich zu dem ganz unmög-
lichen volkswirtschaftlichen Grundsatz, „daß Ueberlegung
eines Gewerbes zu Preisüberhöhungen“ führe. Eine
Weisheit, der gegenüber jeder junge Student der
Volkswirtschaft den Gegenbeweis anzutreten vermag
und die nicht einmal dem Laien in Wirtschaftspragen ein-
leuchtet. Denn jeder weiß, je größer die Konkurrenz,
je größer der Kampf um die Aufträge, je niedriger die
Preise.

Was will die Reichsbahn? Sie will ein Verkehrs-
monopol anstreben. Das, was zwischen den Zeilen des
Vertrages steht, ist viel wichtiger, als was im Vertrag
selbst zum Ausdruck kommt. Wer den Nutzen des Mo-
nopol hat, ist oben bereits angezeigt. Die Folge ist
Entwertung der Anlagen des Verkehrsgewerbes und
seiner Betriebs- und Beförderungsmittel, um diese bei
gelegener Zeit für „ein Ei und ein Butterbrot“ in die
Hände der Monopolfirma Schenker zu spielen.

Das aber ist stille Enteignung mit den raffiniertesten
Mitteln. Erst wird ein Gewerbe zum Zusammenbruch ge-
bracht und, damit man ja keinerlei Entschädigungspflicht
hat, wird es zunächst scheinbar in den Dienst des Mono-
pols eingespant, um dann, wenn Anlagen und Betriebs-
mittel durch den Niedergang entwertet sind, auch die
Substanz für einen Pappenscheiß zu erwerben.

Eine weitere Folge ist die Aufhebung des Geschäftsge-
heimnisses. Die Möglichkeit der Ausnutzung der durch die
Monopolstellung erworbenen Kenntnisse im Interesse
Dritter und des Auslandes. Die weite Verzweigung des
Schenkerkongerns, seine Rechte in Belgien, Italien usw.
lassen derartige Möglichkeiten durchaus zu. Der ver-
pflichtete Vertrag kennt keine Sicherungen hiergegen.
Wer bürgt dafür, daß die Gewinne aus dem Monopol
nicht durch Verlegung des Sitzes der Schenkerbetriebe
ins Ausland nicht Deutschland zu Gute kommen? Wo
bestehen hiergegen Sicherungen? Ein Reichsbahnoberrat
hat auf diese Frage die Stirn befehlen zu behaupten, daß
er schon in der Lage sein werde, dies zu verhindern.
Wenn die Reichsregierung die Kapitalflucht von 8 Mil-
liarden nicht verhindern konnte, wird der Herr Reichs-
bahnoberrat kaum in der Lage sein, die Verschiebungen
aus steuerlichen Gründen zu hindern.

Der Vertrag gibt der Schenkerfirma die Möglichkeit,
die Güter nach fremden Häfen und zu Reedereien zu
leiten. Hier können nur einige Folgen angedeutet wer-
den. Der Vertrag selbst ist „der Versailles Vertrag des
Verkehrsgewerbes“.

Was interessiert die Öffentlichkeit an diesem Ver-
trag? Das staatsbürgerliche Interesse jedes einzelnen
geht dahin, die Verkehrswege und Verkehrsmittel nicht
internationalen Einflüssen überantwortet zu wissen, sie
sind Nationalvermögen, mit deutschen Steuergeldern an-
gelegt und darum der Souveränität des Staates vorzu-
behalten.

Wer die Verkehrswege und Verkehrsmittel besitzt,
hat die Hand an der Gurgel des Staates. Das Ausland
wünscht die Internationalisierung auf Umwegen. Sollte
z. B. Deutschland aus seiner Lage heraus zu einem
Hungerelexport, also zum Dumping gezwungen sein, wie
Rußland, so kann der Gegnerstaat sich gegen dieses Dum-
ping durch Erhöhung der Zollmauern wehren. Dann
aber hat auch Deutschland das Recht, seine Einfuhrzölle
zu erhöhen. Es ist also ein Kampf mit gleichen Waffen.
Besitzt aber das Ausland auf Umwegen die Macht
über die deutschen Verkehrswege, dann braucht es nur
(wie es doch geschehen ist) nur die Tariffenkungen der
Bahn zu behindern (Devisen: Erst Dividende, dann Volks-
interesse) um die deutschen Exportpreise hoch zu halten.

Die Handelsverträge also werden nicht verletzt.
Deutschland hatte keinen Grund, sich aus solchen Han-
delsverträgen zu lösen mit der Begründung, daß der
Gegnerstaat die Zollmauern erhöhe. Es muß sich an
die Handelsverträge gebunden halten, darf die Einfuhr-

zölle nicht erhöhen und ist doch dem starken Druck aus-
gesetzt.

Es muß sich vom Kampf um den Weltmarkt fesseln
lassen.

Der zweite staatsbürgerliche Gesichtspunkt ist die Tat-
sache, daß sich Kapital- und Wertvernichtung einstellt,
wenn der Monopolvertrag zustande kommt (siehe Ent-
wertung von Anlagen und Beförderungsmitteln und
deren Verschleuderung).

Der dritte staatsbürgerliche Gesichtspunkt: Die
Steuereinnahmen werden weiter heruntergehen durch
Vernichtung eines Mittelstandsgewerbes. Die Sozial-
einkünfte werden weiter answellen durch Zunahme der Er-
werbslosenziffer, speziell an älteren Angestellten, bei
denen die Arbeitslosigkeit unter den heutigen Verhält-
nissen zur Dauerfrage wird. Diese Steuerausfälle und
die vermehrten Soziallasten muß die Allgemeinheit auf-
bringen, ohne daß sie andererseits den Ertrag aus der
Monopolwirtschaft hätte. Soweit das staatsbürgerliche
Interesse.

Das Interesse der Wirtschaft: Anstelle jeder Aus-
führung ein Beispiel. Es ist bekannt, daß der Schenker-
kongern in Berlin auf eine recht merkwürdige Weise
„für ein Ei und ein Butterbrot“ die Berliner Hafen-
und Lagerhausanlagen erwarb und sich damit eine Mo-
nopolstellung schuf. Diese viele Goldmillionen wertenden An-
lagen pachtierte Schenker für etwas mehr als 350 000
Goldmark auf 50 Jahre. Kommen auf das Jahr 7000
Goldmark Pacht.

Man höre und staune. Für diese großen Anlagen wer-
dender Natur. Dadurch, daß die Schenker-Befehala eine
Monopolstellung einnimmt, kann sie Verdienste einheim-
sen, die recht erheblich höher liegen, als sie jedem anderen
Spekulateur gestattet werden würden. Wir liegt eine Rech-
nung vor aus einem Warenumschlag, der sich per
100 Kilo auf 2 Mark beläuft.

Der freie Spekulateur würde sich mit rund einem Vier-
tel begnügen müssen. Ich will hier die näheren Umstände
nicht untersuchen, stelle aber fest, daß da, wo ein Mono-
pol besteht, niemals die Preise niedrig gehalten werden.

Was also wird die Wirtschaft zu erwarten haben,
wenn der freie Wettbewerb ausgeschaltet würde? Sie
mag heute erstaunt fragen, ob es denn vielleicht kein
Interesse hätte, wenn die „Beförderungskosten“ gesenkt
werden. Natürlich, ist das von Bedeutung. Aber längst
nicht von der Bedeutung, als was ein Monopolvertrag
bringt.

Abschließend ist festzustellen: Der Reichstag gegen die
Reichsbahn; die Reichsregierung gegen die Reichsbahn;
die Industrie- und Handelskammern gegen die Reichsbahn;
die Presse gegen die Reichsbahn; die Öffentlichkeit in
breitester Form gegen die Reichsbahn. Und doch wird
der Vertrag von der Reichsbahn, der heimlich vorberei-
tet — einer Privatfirma erhebliche Vorteile schaffend,
ein Mittelstandsgewerbe vernichtend — zustande kom-
men. Es sind andere Kräfte am Werke. Die Verflügung
von Interessen, die unserer Kontrolle entzogen sind. Wie
stark müssen diese Kräfte sein, wie wirksam, daß selbst
eine Reichsregierung, selbst das Parlament in seiner Ge-
samtheit, Gefangene dieser Mächte sind. Sie wehren
sich — ohne Erfolg.

Will das deutsche Volk denn hieraus noch nichts
lernen? J. V. A.

Das unruhige Indien.

Von Abdul Rauf Malik.

Obwohl nachstehender Aufsatz reichlich verspätet ein-
gegangen ist, bringen wir ihn dennoch zum Abdruck, zumal
er uns in seinem grundsätzlichen Teil trotz der insofern
erfolgreichen Ergebnisse auch heute noch mancherlei zu sagen
hat. Der Verfasser ist ein Indier, den man wohl dem ge-
mächtesten Flügel der indischen Nationalisten zurechnen
darf.

Mit der Schließung der Round Table Conference in
London und mit der Abreise der Indischen Delegation

nach Indien sind alle Augen jetzt auf die Haltung des
Indischen Nationalkongresses und vor allem auf Gandhi
und Jawaharlal Nehru gerichtet. Irgendeine Verfassung,
die man im Londoner St. James Palace zustandegebracht
hat, kann nicht ohne die Mitarbeit des Indischen Natio-
nalkongresses in die Praxis umgesetzt werden. Mit an-
deren Worten — die Frage des Friedens und des Krieges
hängt in der Zukunft, wie bisher, von der Entscheidung
Gandhis und des Nationalkongresses in dem noch immer
sehr unruhigen Indien ab. — Um die Argumente der
kommenden Konferenz in Indien, die aller Wahr-
scheinlichkeit nach eine Fortsetzung der Londoner Konferenz
sein wird, zu verstehen, ist es wichtig, die Stellung des
Indischen Kongresses zu den wichtigsten Punkten, die die
Londoner Konferenz bisher behandelt und entschieden
hat, im Auge zu behalten.

Die wichtigsten Probleme der indischen Zukunft, die
die Londoner Konferenz bis jetzt in Angriff genommen
hat, sind die Errichtung einer Föderation indischer Pro-
vinzen und Fürstentümer, die Art der politischen Ver-
tretung von Mohammedanern und Hindus, die Abtren-
nung Birmas von Indien und der Charakter der Pro-
vinzialregierungen. Wir wollen diese wichtigen
Probleme kurz nacheinander behandeln.

Die indische Föderation.

Indien ist bis jetzt zentralistisch regiert worden. Die
Oberhoheit der Indischen Regierung wird in den britisch-
indischen Provinzen als verfassungsmäßig anerkannt,
und auch die sonst autonomen indischen Staaten haben
sich in sie ergeben. Diese Regierungsform soll nun durch
eine föderative ersetzt werden. Die bis jetzt untergeord-
neten Provinzen sollen in selbständige Staaten verwan-
delt werden, die sich zu einem Staatenbund zusamen-
schließen und aus sich heraus eine besondere indische Zen-
tralregierung wählen.

Die Gründe, die die einzelnen Gruppen veranlassen,
diesen Plan zu unterstützen, sowie das, was sie sich un-
ter seiner Verwirklichung vorstellen, sind recht verschie-
den. Die Mohammedaner hoffen, in Britisch-Indien fünf
rein mohammedanische Staaten zu schaffen. Sie haben
also die Idee indischer, auf nationaler Grundlage errich-
teter Staaten aufgegeben und versuchen vielmehr, ein
Gegengewicht zu den Staaten mit Hindu-Majorität zu er-
zeugen und damit zugleich die Rechte der Mohammedaner
in diesen Staaten zu sichern, ein Bestreben, in dem sie
von den Engländern offen unterstützt werden.

Die indischen Fürsten wiederum beanspruchen für
ihre Staaten volle Autonomie nach innen und Freiheit
von äußerer Kontrolle, werde sie nun durch die britische
Regierung ausgeübt oder gar durch eine Dominion-Re-
gierung Indiens. Diese Forderungen erscheinen in einem
besonderen Lichte, wenn man bedenkt, daß es etwa 700
solcher Fürstentümer in Indien gibt, von denen kaum
eine Handvoll so groß ist wie Frankreich, England oder
Deutschland — sowohl an Umfang wie an Bevölkerungszahl
—, während die Masse nicht über den Umfang des
vaticanischen Staates hinauskommt. Von wenigen Für-
stentümern abgesehen, ist das Regiment, das in den meis-
ten geübt wird, fast mittelalterlich in Form und Strenge.
Dazu kommt, daß bei der Kleinheit dieser Gebilde die
natürlichen Voraussetzungen für eine fruchtbare Regie-
rungsweise fehlen. Dabei umfassen sie 70 Millionen Men-
schen. Diese müssen es mit ansehen, daß ihre Volksge-
nossen in Britisch-Indien sich über viel weniger Mißwirt-
schaft zu beklagen haben und bereits zu verantwortungs-
voller Selbstregierung voranschreiten. Es ist darum kein
Wunder, daß sie eine Reform ihrer Staaten sehnlichst er-
streben und offen propagieren. Sie wissen aber, daß, so-
lange die oberste Gewalt in den Händen der britisch-
indischen Regierung liegt, die sich ja besonders auf die in-
dischen Fürsten stützt und darum nur im Falle ganz be-
sonderer Mißwirtschaft eingreift, nichts für eine entschei-
dende Besserung zu erhoffen ist. Darum glauben sie, daß
nur der Dominion-Status grobe Mißbräuche unmöglich

Eine Wurzel unserer Not.

„Wäre bei uns Fühlung gewesen zwischen den füh-
renden und den verführten Klassen des Volkes, dann
hätte nie die Sozialdemokratie einen so unheilvollen Ein-
fluß auf die tiefen Schichten unseres Volkes gewinnen
können. Es gehört zu ihrer weiteren Bekämpfung, daß
im deutschen Volke eine höhere Auffassung von den
nationalen bürgerlichen und persönlichen Pflichten auf-
komme, als es heutzutage der Fall ist. Geschieht das
nicht, so werden die Sozialdemokraten, die fest zusam-
menhalten, einen hohen Begriff von ihrer Zukunft ha-
ben und mit einer Opferfreudigkeit und Hingebung ohne-
gleichen ihre Sache verfolgen, den bürgerlichen Parteien
überlegen bleiben. Wir anderen müssen tüchtiger und
tapferer im religiösen und einigen Geist gegen sie auf-
treten.“ — Diese Worte hat Adolf Stöcker am 20. Januar
1900 im Reichstage gesprochen. Und sie zeugen von einer
tiefen Erkenntnis. Wir sehen heute mit Schrecken die
tiefe Kluft, die sich durch unser Volk zieht, wir müssen
wahrnehmen, wie uns die eigene innere Zerrissenheit
ohnmächtig macht, mehr als der Widerstand und die
Tücke unserer äußeren Gegner. Eine Wurzel dieser Not
ist ganz ohne Frage die Tatsache, daß es bei uns in so
bedauerlicher Weise an der rechten Fühlung zwischen den
oberen, den geistig führenden Schichten und den großen
Massen, zwischen den einzelnen sogenannten Gebildeten
und dem sogenannten Mann aus dem Volk gefehlt hat.
Und hier liegt auf der Seite der Oberen eine ganz
schwere Verschuldung. Die Klasse unserer „Gebildeten“
hat sich in verhängnisvoller Weise vom Volke isoliert.
Und der Grund dafür ist durchaus nicht nur die Schwie-
rigkeit, die sich immer für den Verkehr zwischen Men-
schen verschiedenen Bildungsganges ergeben kann. Nein,
der Grund dafür lag zu einem guten Teile im Bildungs-
dünkel der „Gebildeten.“ Sprichwörtlich gewesen ist ja

der Akademikerdünkel. Ich werde es nie vergessen, was
ich in dieser Beziehung erlebt habe: ich kam als junger
Pfarrer in eine kleine Gemeinde der Provinz A. Außer
dem Pfarrer war der Arzt der einzige Akademiker im
Orte; denn der im Städtchen amtierende Kreis-
inspektor war zwar ein feiner, hochbegabter und auf
allen Gebieten des Wissens überaus beschlagener Mann,
aber er war nur seminaristisch gebildet. Ich hatte schon
nach kurzer Zeit einen regen und anregenden Verkehr
mit ihm. Als einem Menschen, der selbst aus den schlich-
testen Volksschichten hervorgegangen ist, kam mir auch
nicht im entferntesten der Gedanke, es könnte eine Art
„Standesehre“ geben, die gegen einen derartigen Ver-
kehr sei. Aber der gute Medikus ließ es mich durch
Mittelspersonen wissen, daß ich eigentlich etwas unmög-
liches tue. — Nun, er blieb nicht unbelehrbar und gab
seinen Standpunkt — wahrhaftig nicht zu seinem Scha-
den — auf. — Doch der Fall ist charakteristisch. Und er
redet Bände über die Verblödung und Unbildung unserer
„Bildung“, wie sie gewesen ist. Wahre Bildung muß und
wird immer den Blick für das tiefe Allgemein-Mensch-
liche wecken und den Wert des Menschen darin sehen.
Wahre Bildung muß uns zum Menschen hinführen, statt
uns von ihm zu entfernen und zu isolieren. Wie wenig
kennen unsere sogenannten Gebildeten unser Volk! —
Wie wenig lieben sie darum auch den Mann im schlichten
Arbeitskleid! Doch wer unser Volk kennen lernt, der
lernt es lieben und lernt es achten. Wieviel tiefe, feine
Menschlichkeit lebt in den breiten Schichten unseres Vol-
kes. Ich habe immer aufs neue einen tiefen Eindruck
davon bekommen, wenn ich im Abteil vierter Klasse
reiste. Diese Hilfsbereitschaft, dieses selbstverständliche
Eintreten für den anderen, diese herzliche Teilnahme am
Ergehen des anderen — wo wäre sie in den höheren Klas-
sen zu finden gewesen! — Wieviel kann der Gebildete
im freundschaftlichen Verkehr mit dem einfachen Arbeiter

lernen! Ich habe mit einzelnen Menschen mit schlichter
Volksschulbildung zudem viel besser und gründlicher über
pädagogische oder weltanschauliche Fragen sprechen könn-
nen als mit manch einem Vertreter der akademischen Bil-
dung. — Wenn es wahr ist, daß in der nationalsozial-
istischen Partei vielfach ein wirkliches tiefes Verhältnis
zwischen Vertretern der „Bildung“ und schlichten Arbeit-
lern zustande kommt, dann leistet diese Partei allein
schon dadurch etwas Großes! Aber abgesehen von allem
Parteiloben und Parteilieben — es ist Zeit, daß die so-
genannten Intellektuellen eine alte große Schuld sühnen
und sich von allen Bildungsvorurteilen frei machen.
Wenn der Nationalsozialist auf Grund volklichen Erle-
bens den Weg zum Bruder findet, wievielmehr sollte es
der gebildete Christ auf Grund seines Glaubenserlebens.
Es kann gar nicht anders sein: wo wirklicher, lebendi-
ger Glaube ist, da weiß sich, erlebt sich der Mensch, wo er
in der sozialen Schichtung auch stehen mag, in der Soli-
darität der Günde und Gnade als eins auch mit dem ge-
ringsten Bruder. — Es ist ein vernichtendes Urteil über
die Christlichkeit unseres Christentums, daß es in einem
christlichen Volk zur Isolierung einer Oberschicht kom-
men konnte. Wo das Evangelium wirklich zur Geltung
kommt, da überbrückt es Gegensätze; da schafft es Ein-
heit, nicht äußerliche, uniformierte Einheit, aber innere
Einheit. So ist es in der ersten Gemeinde gewesen. „Hier ist
kein Jude noch Grieche, hier ist kein Knecht noch Freier,
hier ist kein Mann noch Weib; denn ihr seid alle gleich
in Christo Jesu.“ (Gal. 3, 28). — So ist es zu allen
Zeiten überall da, wo der Glaube und das Christentum
nicht in Worten steht, sondern in der Kraft des heiligen
Geistes. — Die tiefe Kluft, die durch unser Volk geht, sie
würde schwinden, ganz von selbst schwinden, wenn wir
ein wahrhaft christliches Volk würden. Ihr „Intellektuel-
len“, ihr „Gebildeten“, laßt euch helfen von allem Dün-
kel! —

machen und
wird.

Die indische
Status nicht
dieses Ober-
Eingriff der
Angelegenheit
anzuerkennen
gegenüber
Wechsel der
lieb. Die En-
gegenüber
Für den
wichtig, sich
Werk gefehlt
darin, daß
Fürstentümer
noch mehr in

Si

Weniger
beteiligten
hammedaner
dien. Sie ge-
hen Wobam
von Maulana
war, nicht, in
sag zu ihnen
Raum einige
Sahba, einer
Hindus verti-
glieder der
des indischen
sem gewählt

Si

Weniger
beteiligten
hammedaner
dien. Sie ge-
hen Wobam
von Maulana
war, nicht, in
sag zu ihnen
Raum einige
Sahba, einer
Hindus verti-
glieder der
des indischen
sem gewählt

Si

Weniger
beteiligten
hammedaner
dien. Sie ge-
hen Wobam
von Maulana
war, nicht, in
sag zu ihnen
Raum einige
Sahba, einer
Hindus verti-
glieder der
des indischen
sem gewählt

Si

Weniger
beteiligten
hammedaner
dien. Sie ge-
hen Wobam
von Maulana
war, nicht, in
sag zu ihnen
Raum einige
Sahba, einer
Hindus verti-
glieder der
des indischen
sem gewählt

Si

Weniger
beteiligten
hammedaner
dien. Sie ge-
hen Wobam
von Maulana
war, nicht, in
sag zu ihnen
Raum einige
Sahba, einer
Hindus verti-
glieder der
des indischen
sem gewählt

Si

Weniger
beteiligten
hammedaner
dien. Sie ge-
hen Wobam
von Maulana
war, nicht, in
sag zu ihnen
Raum einige
Sahba, einer
Hindus verti-
glieder der
des indischen
sem gewählt

Si

Weniger
beteiligten
hammedaner
dien. Sie ge-
hen Wobam
von Maulana
war, nicht, in
sag zu ihnen
Raum einige
Sahba, einer
Hindus verti-
glieder der
des indischen
sem gewählt

Si

Weniger
beteiligten
hammedaner
dien. Sie ge-
hen Wobam
von Maulana
war, nicht, in
sag zu ihnen
Raum einige
Sahba, einer
Hindus verti-
glieder der
des indischen
sem gewählt

Si

Weniger
beteiligten
hammedaner
dien. Sie ge-
hen Wobam
von Maulana
war, nicht, in
sag zu ihnen
Raum einige
Sahba, einer
Hindus verti-
glieder der
des indischen
sem gewählt

Si

Weniger
beteiligten
hammedaner
dien. Sie ge-
hen Wobam
von Maulana
war, nicht, in
sag zu ihnen
Raum einige
Sahba, einer
Hindus verti-
glieder der
des indischen
sem gewählt

Si

Weniger
beteiligten
hammedaner
dien. Sie ge-
hen Wobam
von Maulana
war, nicht, in
sag zu ihnen
Raum einige
Sahba, einer
Hindus verti-
glieder der
des indischen
sem gewählt

Si

Weniger
beteiligten
hammedaner
dien. Sie ge-
hen Wobam
von Maulana
war, nicht, in
sag zu ihnen
Raum einige
Sahba, einer
Hindus verti-
glieder der
des indischen
sem gewählt

Si

Weniger
beteiligten
hammedaner
dien. Sie ge-
hen Wobam
von Maulana
war, nicht, in
sag zu ihnen
Raum einige
Sahba, einer
Hindus verti-
glieder der
des indischen
sem gewählt

Si

Weniger
beteiligten
hammedaner
dien. Sie ge-
hen Wobam
von Maulana
war, nicht, in
sag zu ihnen
Raum einige
Sahba, einer
Hindus verti-
glieder der
des indischen
sem gewählt

Si

Weniger
beteiligten
hammedaner
dien. Sie ge-
hen Wobam
von Maulana
war, nicht, in
sag zu ihnen
Raum einige
Sahba, einer
Hindus verti-
glieder der
des indischen
sem gewählt

Si

Weniger
beteiligten
hammedaner
dien. Sie ge-
hen Wobam
von Maulana
war, nicht, in
sag zu ihnen
Raum einige
Sahba, einer
Hindus verti-
glieder der
des indischen
sem gewählt

Si

Weniger
beteiligten
hammedaner
dien. Sie ge-
hen Wobam
von Maulana
war, nicht, in
sag zu ihnen
Raum einige
Sahba, einer
Hindus verti-
glieder der
des indischen
sem gewählt

Si

Weniger
beteiligten
hammedaner
dien. Sie ge-
hen Wobam
von Maulana
war, nicht, in
sag zu ihnen
Raum einige
Sahba, einer
Hindus verti-
glieder der
des indischen
sem gewählt

Haltung des
m auf Gandhi
ne Verfassung,
zustandgebracht
indischen Nation
den. Mit an
nd des Krieges
r Entscheidung
m noch immer
Argumente der
r Wahrschein
er Konferenz
Stellung des
unkten, die di
nd entscheiden
Zukunft, die
riff genommen
indischer Pro
olitischen Ver
s, die Abtren
kter der Pro
eife wichtigen
n.
worden. Die
n den britisch
g anerkannt,
Staaten haben
soll nun durch
gt untergeord
naten verwand
zusammen
e indische Zen
n veranlassen,
as sie sich un
recht verschie
ndien fünf
n. Sie haben
ndlage errich
vielmehr, ein
ajorität zu er
ohammedaner
n, in dem sie
en.
nsprüchen für
und Freiheit
ch die britische
Dominion-Re
inen in einem
es etwa 700
denen kaum
England oder
Bevölkerung
n Umfang des
wenigen Jäh
s in den mei
und Strenge.
r Gebilde die
htbare Regie
Millionen Men
ger Volksge
iger Miswirt
antwortungs
st darum kein
fehlendst er
aber, daß, so
der britisch
ers auf die in
alle ganz be
eine entschei
uben sie, daß
che unmöglich
mit schlichter
indischer über
sprechen kön
demischen Bil
ationalsozial
es Verhältnis
lichten Arbeit
Partei allein
en von allem
t, daß die so
Schuld führen
frei machen.
tischen Erle
mehr sollte es
benserlebens.
der, lebendi
Mensch, wo er
in der Soli
mit dem ge
Urteil über
es in einem
erschicht kom
zur Geltung
haßt es Ein
aber innere
en. Hier ist
noch freier,
seid allzumal
st es zu allen
Christentum
des heiligen
Bolk geht, sie
n, wenn wir
Intellektuel
in allem Dün
X.

machen und den konstitutionellen Fortschritt fördern wird.

Die indischen Fürsten lehnen zwar den Dominion-Status nicht ab, wohl aber widerstreben sie einer rein indischen Oberhoheit. Sie ziehen es vor, obwohl sie einen Eingriff der gegenwärtigen britischen Regierung in ihre Angelegenheiten und Rechte ablehnen, deren Oberhoheit anzuerkennen, und begnügen sich, ihre alten Forderungen gegenüber Großbritannien zu unterstreichen. Ein Wechsel der indischen Regierung wäre ihnen höchst unlieb. Die Engländer spielen mithin den indischen Fürsten gegenüber keine schmeichehafte Rolle.

Für den indischen nationalen Kongress ist es sehr wichtig, sich die reale Bedeutung einer von England ins Werk gesetzten Föderation klar zu machen. Diese besteht darin, daß Indien in mohammedanische, hinduistische und Fürstenstaaten aufgeteilt und die Autonomie letzterer noch mehr in schon beschriebenen Sinne gesiegt wird.

Hindus und Mohammedaner.

Weniger noch als die an der Round Table Conference beteiligten Hindus sind die für London delegierten Mohammedaner die wahren Vertreter des islamischen Indiens. Sie gehören zwar zur äußersten Rechten der indischen Mohammedaner, wissen aber nach einem Ausspruch von Maulana Mohammed Ali, der selbst ein Delegierter war, nicht, wen sie eigentlich repräsentieren. Im Gegensatz zu ihnen sind die Hinduvertreter äußerst liberal. Kaum einige von ihnen sind Mitglieder des Hindu Maha Sabha, einer Organisation, die die extremsten Rechte der Hindus vertritt. Man muß eben bedenken, daß die Mitglieder der Round Table Conference, die eine Vertretung des indischen Volkes darstellen sollen, keineswegs von diesem gewählt, sondern von dem britischen Vizekönig In-

diens ernannt worden sind. Die Anhänger des indischen Nationalen Kongresses, also der Partei, die die politische Haltung Indiens zweifellos am besten widerspiegelt, war in London überhaupt nicht vertreten. Es fehlten damit in London die eigentlich nationalen Kreise der Hindus und Mohammedaner. Darum könnte auch zwischen diesen beiden Gruppen in London kaum eine Verständigung zustandekommen, es sei denn daß das Minoritäten-Unterkomitee der Konferenz festsetzen sollte, daß die politische Vertretung der Hindus und Mohammedaner sich einfach nach ihrem natürlichen Zahlenverhältnis richten soll, — ein Prinzip, das abgelehnt werden müßte, weil es die Gegensätze zwischen den beiden Parteien verewigen würde, die die nationale Bewegung gerade befeitigen möchte. Der Mißerfolg der Minto-Morley-Reformen von 1909 bestätigt die Unbrauchbarkeit des Prinzips voll und ganz. Und dies so sehr, daß Sir Mohammed Jafar, der indische Dichter der panislamischen Bewegung, erst kürzlich in Allahabad sagte: „Die Verfassung auf die Vorstellung von einem homogenen Indien gründen oder auf Indien die Prinzipien anwenden, die von dem demokratischen britischen Gefühl diktiert sind, heißt Indien unwillkürlich für den Bürgerkrieg reif machen.“ Wenn er jedoch die Hoffnung auf das Zustandekommen eines großen mohammedanischen, eventuell sogar unabhängigen Indiens im Norden und Nordwesten des indischen Kontinents ausspricht, so gilt es darauf hinzuweisen, daß das Ideal eines panislamischen Reiches seit dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches zum Tode verurteilt ist. Vor allem aber kämpft der große Teil der indischen Mohammedaner jetzt zusammen mit dem indischen Nationalen Kongress für die Selbstregierung (Swaraj) einer einzigen indischen Nation. Schluß folgt.

Rom erwartet Doumergue.

Besuchsaustausch auch der Kriegsschiffe? — Italiens Kurs nach dem Flottenabkommen.

— Rom, 9. März.

Der Vertreter einer französischen Zeitung will aus italienischen Marinekreisen erfahren haben, daß demnächst die Kriegsschiffe Frankreichs und Italiens in Spezia und Toulon Besuche austauschen werden. Nach diesen Flottenbesuchen, mit denen die Einigung in der Frage der Begrenzung der Seerüstungen besiegelt werde, würde auch der französische Staatspräsident Doumergue Rom einen Besuch abstatten, während König Victor Emanuel im Anschluß daran sich nach Paris begeben werde.

Ueber den Kurs, den Italien künftig zu steuern gedenkt, äußert sich ein Artikel des „Popolo d'Italia“ dahin, die italienische Außenpolitik sei nach wie vor von dem Grundgedanken der Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts und dem des Ausgleichs beherrscht. Die Aufgabe Italiens bleibe auch in der heutigen Phase der Entspannung der Beziehungen zu Frankreich noch groß und bedeutend in Bezug auf die Befriedung der Völker und die endgültige Liquidierung der heikelsten Probleme, die seit zehn Jahren auf dem europäischen Kontinent das Gefühl des Mißbehagens und der Unruhe aufkommen ließen.

Die Flottenverständigung dränge Italien nicht in das Lager der unbeherrschbaren Verteidiger der heutigen europäischen Ordnung.

Das Blatt glaubt, daß die Sache der Revision und der Nachprüfung und Korrektur der jetzt durch die Friedensverträge in Europa geschaffenen Verhältnisse

aus der jetzigen Entwicklung „eher Vorteile ziehen könne“. Die Möglichkeit, daß Italien Frankreich für die Flottenverständigung anderweitige Konzessionen gemacht habe, schließt „Popolo d'Italia“ aus.

„Die nächste Notwendigkeit.“

— London, 9. März.

Unter der Überschrift: „Die nächste Notwendigkeit“ schreibt die englische Zeitschrift „Weekend Review“ zu dem neuen Flottenabkommen:

Eine Warnung ist notwendig. Das Flottenabkommen von Rom hat keineswegs einen Erfolg der Abrüstungskonferenz vorweggenommen. Wenn das Mittelmeerabkommen nicht von einer energiegelichen französisch-deutschen Diplomatenarbeit ausgewogen wird, wird es möglicherweise mehr Schaden als Nutzen bringen.

Deutschland hat die Verhandlungen mit einem gewissen Argwohn verfolgt. Es befürchtet, daß Großbritannien sich bereit erklärt hat, die Franzosen auf der Abrüstungskonferenz zu unterstützen. Noch begründeter ist seine Befürchtung, daß Italien aus dem Lager der Vertragsrevisionisten weggerückt werde, wenn das Flottenabkommen durch französische Zugeständnisse in Tunis und Libyen ergänzt wird.

Angefaßt dieser Enttäuschung hat man den sehr ernsthaften Vorschlag gemacht, daß recht bald deutsch-französische Verhandlungen nach dem Vorbild der jenen zwischen Rom und Paris abgeschlossenen stattfinden sollen.

Werde nicht auch die deutsch-französische Kluft überbrückt, schließt der Artikel dann, scheint es unvermeidlich, daß Deutschland den Völkern verlassend und versuchen werde, wieder aufzuräumen. Die britische Regierung müsse deshalb hier ebenso wie bei Frankreich und Italien ihre guten Dienste anbieten.

Erdbeben auf dem Balkan.

Wie aus Belgrad gemeldet wird, richtete nach Mitternacht in Nordgriechenland und Südserbien ein heftiges Erdbeben großen Schaden an. Das Beben dauerte 30 Sekunden und war von starkem unterirdischen Rollen begleitet. Bedeutender Schaden wird aus dem Gebiet von Valandovo, Strumiza, Gjevgjeli und Bogdanci gemeldet.

Katastrophale Auswirkungen des Bebens.

— Athen, 8. März. Der Herd des Erdbebens, das in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag den Balkan heimgesucht hat, liegt in der gleichen Gegend, die schon am Freitag vom Erdbeben betroffen wurde. Nach den bisher vorliegenden Meldungen hat das letzte Beben katastrophale Folgen gehabt. Die Eisenbahn- und Telefonverbindungen sind völlig unterbrochen.

— Belgrad, 8. März. Nach den Aufzeichnungen der hiesigen Erdbebenwarte liegt der Herd des Erdbebens in der Nacht zum Sonntag in einer Entfernung von 530 Kilometern südlich von Belgrad. Die Erschütterung war so stark, daß die Radeln von sämtlichen Apparaten abgedrückt wurden.

Bisher 150 Tote.

— Budapest. Wie aus Belgrad berichtet wird, hat das Erdbeben in Südserbien nach den letzten Meldungen bisher 150 Todesopfer gefordert. Außerdem wurden 700 Verletzte gezählt. Etwa 1500 Häuser sollen zerstört worden sein. In ganz Südserbien sind die Flüsse über die Ufer getreten.

— Auf der Grube Maria des Schweizer Bergwerksvereins ereignete sich beim Ausbau ein Sprengungsluck. Zwei Arbeiter wurden getötet, fünf weitere schwer verletzt.

10 Jahre Studentenwerk.

Eine Ansprache des Reichskanzlers.

Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Deutschen Studentenwerks e. V. fand im Reichstag eine stark besuchte Kundgebung statt, die ihr besonderes Gepräge durch eine Ansprache des Reichskanzlers Dr. Brüning erhielt. Der Kanzler übermittelte dem Studentenwerk zunächst eine Kundgebung des Reichspräsidenten, in der die erfolgreiche Arbeit des Studentenwerks anerkennend gewürdigt wird:

„Das Deutsche Studentenwerk hat durch kameradschaftlichen Gemeinheitsdienst und tatkräftige Selbsthilfe die schwere Notlage, die auch unsere akademische Jugend hart bedrückt, gelindert und so vielen Studierenden den Weg durch das Studium erleichtert. Möge auch in den kommenden Jahren dieses Werk über dem Streit der Parteien stehen und, von allen einträchtig gefördert, seine Aufgabe an der deutschen akademischen Jugend erfüllen.“

Der Reichskanzler schloß sich namens der Reichsregierung den Glückwünschen des Reichspräsidenten an. Gern denke er an die Zeit vor elf Jahren zurück, als er selbst noch in dem Kreise stand, der das studentische Selbsthilfewerk vorbereitete und schuf.

So ist aus kleinen Anfängen in zehn Jahren ein großes Werk gewachsen. Es entstand aus der Not der ersten Nachkriegszeit. Heute ist eine neue Not wie eine Sturmflut über Deutschland hereingebrochen. Die Weltreise trifft das geschwächte und vorbelastete Deutschland allein mit ihrer ganzen Schwere. Die Folge ist die Ueberfüllung aller Berufe. Arbeitslosigkeit ist immer ein ernstes und schweres Los. Ganz besonders verhängnisvoll ist sie aber für die Jugend, die voll von Tatendrang überall auf verschlossene Türen stößt. So steht das Studentenwerk heute vor der doppelt schweren Aufgabe, die Not zu lindern und planmäßige Begabtenförderung zu treiben, anderseits aber gegen die Ueberfüllung und für eine vernünftige Begrenzung des Hochschulstudiums zu kämpfen. Unter den Möglichkeiten der Hilfe für die Jugend steht in erster Linie der

Kampf gegen das Berechtigungsunwesen.

Es ist ein Übel und der Auswuchs einer ungeordneten Ueberfüllung des intellektuellen Wissens, wenn für immer neue Berufe höhere oder gar Hochschulbildung verlangt wird.

Ich richte hier mit größtem Nachdruck an alle amtlichen Stellen und an die Führer des Wirtschaftslebens den härtesten Appell, die jungen Menschen auch ohne Berechtigungsscheine nach ihren charakterlichen und praktischen Fähigkeiten in das tätige Leben einzuführen und ihnen durch ihre Bewährung Aufstiegsmöglichkeiten zu geben. An die Stelle der Vorbildungserfordernisse müssen Fortbildungsmöglichkeiten treten.

Leider besteht in der ganzen Welt wenig Verständnis dafür, was es für eine Nation bedeutet, wenn sie sich für zwei Menschenalter mit schweren Kriegskübeln belastet fühlt, wenn deutsches Land vom lebendigen Körper des Reiches getrennt, deutsches Volkstum mißhandelt und unterdrückt wird. Heroische Anforderungen müssen an die sittliche Kraft einer heranwachsenden Generation gestellt werden, wenn sie gegenüber solchen Tatsachen und Enttäuschungen nicht der Hoffnungslosigkeit verfallen soll, wenn sie Verständnis aufbringen soll für eine Politik, die nur schrittweise die Erfüllung unserer gerechten Forderungen bringen kann.

Die schwere Arbeit der Reichsregierung wird im stillen von der Sorge und von dem tiefsten Mitgefühl für dieses Leid unserer heutigen Jugend beeinflusst. Die Reichsregierung hat das Studentenwerk nicht nur immer unterstützt, um ein Mindestmaß sozialpolitischer Fürsorge für die Jugend zu leisten. Die Jugend soll die Ueberzeugung haben, daß ihre Not auch als Not des Reiches und des Volkes empfunden wird. Das Studentenwerk bewahrt und verwaltet ein Erbe, das die Kriegsteilnehmergeneration schuf. Die Kriegsteilnehmer brachten das Erlebnis mit, daß es keine Stände gibt, und die besten Führer der damaligen jüdischen Generation waren von dem Glauben durchdrungen, daß dieses

Frontalerlebnis der Gemeinschaft

für alle Zukunft als Grundstock der neuen Einheit Deutschlands erhalten bleiben müsse. Das Werk hat diese Tradition bewahrt. Der Geist der Gründer gibt ein Vorbild für unsere zersplitterte Zeit. Halten Sie fest an diesem unerlöschlichen Gut, um so die sittliche Grundlage für einen sicheren Aufstieg unseres Vaterlandes zu schaffen.

Kleinarbeit im Reichstag.

Unterbrechung der Plenarverhandlungen bis Donnerstag.

— Berlin, 8. März.

Der Reichstag genehmigte in kurzer Debatte nunmehr auch sein eigenes Etatskapitel in zweiter Lesung und überwies dabei einen Antrag des Staatsparkeisers Dr. Weber, der eine Klarstellung der Art und des Umfangs der wirtschaftlichen Tätigkeit der Abgeordneten erreichen will, dem Ausschuss zur Weiterberatung.

Ferner beantragte Abg. Weber, von den Diäten in der sühnigsten Zeit je 20 Mark abzuziehen und die so gewonnenen Summen dem während dieser Zeit stellungslos verbleibenden Personal zu opfern. Ein zweiter Diäten-Antrag lag vom Abg. Böhrig (Landvolk) vor. Der Antrag fordert eine weitere allgemeine Kürzung der Diäten um 10 Prozent. Darüber hinaus sollen die Diäten der Beamten-Abgeordneten nochmals um 10 und die der in Berlin ansässigen Abgeordneten um 20 Prozent gekürzt werden.

Zum Schluß verabschiedete der Reichstag noch das Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsvertrag. Der Notenwechsel zum deutsch-rumänischen Abkommen und das Genfer Handelsabkommen wurden dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Das Gesetz über die Entschädigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittler wurde bis auf die Bestimmungen in zweiter Lesung übergeben. Der Sozialpolitische

Ausschuß hat die Regierungsvorlage vollständig umgestaltet und im Sinne vollstetlicher Anträge bestimmt, daß die Stellenvermittlung für Haus- und Geschäftspersonal die Wahl haben, ob sie den Betrieb bis zum Lebensende des Inhabers fortführen oder den Betrieb gegen Entschädigung aufgeben wollen.

Die ersten drei Tage der neuen Woche sind fiktionsfrei; in dieser Zeit soll der Haushaltsausschuß den Beirat beraten. Auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung steht die zweite Lesung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums.

Umarbeitung der Dittsche? Der Reichsrat, der sich bereits am Sonnabend vergangener Woche mit dem Dittschegefeß beschäftigt hatte, wird nunmehr erst im Verlaufe des Montags zu dem Gesetzentwurf Stellung nehmen. Wie verlautet, ist der Entwurf in der Ausschußberatung mehrfach abgeändert worden, so daß nun eine Umarbeitung erforderlich sei.

Parlamentarismus in Polen.

Die deutsche Fraktion verzichtet auf weitere Teilnahme an der Staatsberatung.

— Warschau, 9. März.

Der Führer der deutschen Senatoren des polnischen Senats, Senator Pant, protestierte gegen den ungenügenden Schutz, den die deutschen Parlamentarier gegen die lächerlichen Unterstellungen des regierungsfeindlichen Senats über sich gebracht haben und gab danach den Verzicht der deutschen Mitglieder auf die weitere Teilnahme an der Staatsberatung bekannt.

Senator Overth hatte am Vortage gegen seinen deutschen Vorgesetzten Ultra den Vorwurf erhoben, seine Rede — die an die Adresse der polnischen Regierung gerichtet war, ihr Gewissen wachrütteln und sie zur Befreiung bestehender Mißstände veranlassen sollte — sei „für Berlin bestimmt gewesen“.

Mit dem Verzicht der deutschen Fraktion auf die Mitarbeit an der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes sind die deutschen Anklagen verschärft worden. Wie sehr aber auch schärfste Abwehrmaßnahmen notwendig sind, wenn die deutschen Gebiete Polens ihren nationalen Charakter bewahren wollen, zeigten die Ausstellungen Ullas, die Overth zu seinen Ausfällen veranlaßt haben. Danach sind von den 574 deutschen Schulen, die es 1919 in Kongresspolen gab, nur 98 und von den 557 deutschen Schulen in Polen und Pommern nur 230 übrig geblieben. 66 Prozent der deutschen Schullugend in Polen — in Kongresspolen sind es sogar 80 Prozent — müssen heute polnische Schulen besuchen.

— Die deutsche Industriellendelegation hat sich von Moskau nach Leningrad begeben; sie wird heute die Heimreise nach Deutschland antreten.

Geht der indische Freiheitskampf weiter?

Gandhi droht mit seinem Rücktritt.

— London, 9. März. In einer öffentlichen Versammlung erklärte Gandhi, daß er alles tun werde, um den Kongreß zur Annahme des Abkommens zu veranlassen. Sollte ein Mißtrauensantrag gegen ihn angenommen werden, so könnten diejenigen, die dafür stimmten, den Kongreß allein weiter führen.

Verkehrsflugzeug nach Landung verbrannt

Die Insassen unversehrt.

Das dreimotorige Verkehrsflugzeug D 1338 der Strecke Amsterdam—Hannover, Typ Mohrbach-Roland, mußte zwischen Oldenzal und Almelo, etwa 10 Kilometer von der Grenze entfernt, auf holländischem Gebiet eine Landung vornehmen, da der Flugzeugführer eine Beschädigung des rechten Motors wahrnahm.

Die Landung auf einer Wiese ging glatt vonstatten. Während das Flugzeug selbst später durch Brand zerstört wurde, blieben Fluggäste und Besatzung völlig unversehrt.

Zwei Flugzeuge in Schottland verunglückt. — Zwei Tote.

Zwei Flugzeuge der Hilfsfliegerkräfte stießen in der Luft zusammen und stürzten ab. Beide Piloten wurden getötet. Die Beobachter retteten sich durch Fallschirmsprung und blieben unverletzt.

Schiffsunglück auf der Donau.

Nächtlicher Dampferzusammenstoß. — Zahlreiche Tote. — Belgrad, 8. März.

Bei undurchdringlichem Dunkel und heftigem Sturm hat sich auf der Donau zwischen Belgrad und Pancsova ein schweres Dampferunglück ereignet. Der Personendampfer „Franchet d'Espèry“ der südwestlichen Staatlichen Schiffsahrtsgesellschaft wurde nahe der Insel Ada bei Pancsova von dem aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Dampfer „Zagreb“ gerammt. Sein Salon füllte sich sofort mit Wasser, und alle darin befindlichen Fahrgäste ertranken. Der Dampfer „Zagreb“ nahm dann den led gewordenen „Franchet d'Espèry“ ins Schlepp und brachte ihn zur Insel Ada, wo die Überlebenden an Land gingen.

Man nimmt an, daß neun bis sechzehn Personen das Leben eingebüßt haben. Unter den Toten befinden sich drei Sträflinge, die von mehreren Gendarmen bewacht wurden. Auch die Gendarmen sollen ertrunken sein. Das Unglück ereignete sich in nächster Nähe der Donaubrücke. Der Kapitän des gesunkenen Dampfers soll Selbstmord verübt haben.

Einladung

zu einer Freizeit für Lehrerinnen aller Schulen nach Bethel bei Bielefeld vom 23. bis 28. Mai 1931.

Das Hauptthema ist: „Schulkind und Evangelium in der Gegenwart“. Es wird nach folgenden Gesichtspunkten behandelt: 1. Die seelische Lage des Kindes. 2. Der Religionsunterricht. 3. Religiöse Beeinflussung im übrigen Unterricht und außerhalb des Unterrichts. 4. Evangelische Schule. Neben der Tageseinteilung, die dem genannten Thema gilt, bietet das Programm auch noch weitere Anregung durch Teilnahme in den Pfingsttagen an den Gottesdiensten der Bethelgemeinde, durch Besichtigungen, Spaziergänge, Bethelfilm, Familienabend im Diakonissenhaus.

Kosten für den vollen Tag RM 3.—. Anmeldungen werden an Diakonisse Anna Heuser oder Schulfürer Dr. Schmidt, beide in Bethel bei Bielefeld, erbeten.

Hinweis.

Frühlingskuren in Bad Salzuflen.

Das besonders wegen seiner Erfolge bei Herzleiden zur Berühmtheit gelangte Thermalbad Salzuflen am Teutoburger Walde hat mit seinen Frühlingskuren begonnen. Alle Kurmittel, darunter die selten kohlensäurereichen Thermal- und Solbäder, Fangopackungen und das neue Inhalatorium mit pneumatischen Kammern stehen dem Kurbedürftigen zur Verfügung. Zahlreiche Unterhaltungen, regelmäßige Konzerte, von Zeit zu Zeit Militär- und Sonderskonzerte, Theater und Vorträge werden geboten. Die schöne große Kurhausanlage, sowie Les- und Schreibräume sind heizbar. Die Frühlingsstage bringen die volle Entfaltung der reichen Blumenpracht der Kuranlagen und der landschaftlichen Schönheit der Bad Salzuflen umgebenden Berglandschaft.

Bethel.

Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Montag, 8½ Uhr Männerchor in „Ephraim“. Mittwoch 8½ Uhr in Gosen Vortragsabend: Herr Dr. Wilkes-Barren spricht über „Die Wunderfrage“. Männer und junge Männer sind herzlich eingeladen.

— Kirchenchor. Die nächste Probe ist Dienstag, den 10. März, 8 Uhr im Jünglingsaal des Affapheum. Vollständige Beteiligung ist nötig. Die beiden Kantaten sind mitzubringen.

— Versammlung der Konfirmanden: der Mädchen am Dienstag, den 10., der Knaben am Mittwoch, den 11. März, abends 8 Uhr bei Herrn Pastor Wilmanns, Bornweg 37.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Welpenleitung: Dr. G. Guttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Liebesgeschichten

von Karl Josef Friedrich.
1. Bd. 50 Liebesgeschichten
2. Bd. Das blaue Herz
(jeder Band geb. 1.30)

Hinter diesem Titel verbirgt sich ein trefflicher Inhalt. Kurze, packende Geschichten von rechter Mutterliebe, Freundschaft, Kindesliebe sind es, die man in einem Zuge lesen möchte. Mit dieser Liebe erobert man die Welt.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den Verlag Ludwig Ugelent, Dresden A 27

Bethel

Die staatl. anerck. Haushaltungssch. Eckarts- b. Bielefeld
haus der Westf. Diakonissenanstalt Sarepta bietet in ihrem Internat Töchtern christl. fam. Ausbildung in allen Zweigen des Haushalts. Gröndl. hauswirtsch. Durchbildg. ermöglicht den Eintritt in praktische Berufe. Vertiefung der Allgemeinbildg., Lebensschulg. sind Ziele der Schule. Aufn. im April u. Oktober. Prospekte d. die Leitung d. Schule.

Gemüse-, Feld- u. Blumensamen

Knollengewächse:
Dahlien, Gladiolen, Begonien.
Baumschulartikel:
Obstbäume, Ziersträucher, Rosen, Nadelhölzer. — Blütenstauden usw.

Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel bei Bielefeld

Osterflugblatt

Sonderausgabe unseres Sonntagsblattes „Für Herz und Haus“, ein vierseitiges Verteilblatt, geeignet zum Verteilen an Kirchtagen und auf Friedhöfen. Probenummern stehen auf Wunsch zur Verfügung.

Das Stück kostet 2 Pfennig
Von 100 Stück ab portofrei
Von 500 Stück ab 25 % Preisnachlaß
Von 1000 Stück ab 40 % Preisnachlaß
Von 5000 Stück ab 50 % Preisnachlaß

Bestellungen erbeten an den

Blätterverlag der Anstalt Bethel
Abteilung „Herz und Haus“. Postfach Hannover 7382.

Für sofort ein fleißiges Mädchen

nicht unter 17 Jahren, aus ordentlicher Familie für Jugendheim gesucht. Angebote an Hauseltern Fr. Mohr, Sennelager 1506, Post Brackweide.

Geb. jung. Mädchen, 31 Jahre alt, sucht

Stellung

zur Führung eines Hausstandes. Habe 9 Jahre einen Arztstand gehalten, selbstständig, gel. in Kindererz. und Handarb. erfahren. Gutes Zeugnis vorh. Gef. Off. an die Geschäftsst. d. Bl. unt. A 1272.

Zum 1. April ist die 2. Lehrerstelle unserer 2. klass. priv. Volksschule durch einen

Junglehrer oder eine Lehrerin

zu besetzen. Tüchtige Lehrkräfte, die Interesse haben für die Arbeit der J. M., auch mit schwer erziehbaren Kindern umgehen können, sowie hinreichende Begabung im Turnen und in der Musik haben, kommen in Frage. Gehalt staatl. Sägen unter Anrechn. d. fr. Stat. genähert.

Desgl. gesucht eine staatl. gepr. Kindergärtnerin

für eine Familie von ca. 15 kleinen Kindern.
Erziehungsheim Hünenburg Post Bruchmühlen, Kr. Herford.

Bad Berka. In kleinem Erholungsheim finden

3-4 junge Mädchen

Aufnahme zur Erlernung der Küche, des Haushalts, anfertigen v. Wäsche u. Kleider, Handarbeiten. Pensionspreis 60 Mk. monatl. Ebenso junge Mädchen und Kinder guten

Erholungsurlaub

für kürzere u. längere Zeit bei mäß. Preis. C. Rat, Klosterberg 59a.

Stellung

in d. Landwirtschaft mittl. Betriebes. N. Blase, Bieren 24, Kr. Herford i. W.

Zur Konfirmation: Sonnenkind

Eine Familiengeschichte, Ernst und Humor von Marg. Nicolaus. Leinenband gebunden 1.60.

Ein sonniges, liebes Buch! Fast möchte man dieses Lebensbild zu den klassischen Büchern von der Welt der „Jugendgedenken“ eines alten Mannes (Kugelgen) rechnen. Es bildet das weibliche Gegenstück dazu.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den Verlag Ludwig Ugelent, Dresden A 27

Mädchen

zum 15. März für Küche und Haushalt gesucht. Substanz nicht erwünscht.

Bäckerei Julius Schnettler, Wuppertal-Barmen, Karlstr. 42



Witwenkind.

Der Kampf eines deutschen Helden von Georg Rapp (geb. 1850).

Wieder einmal ein echtes, gutes Jugendbuch! Es gibt keinen rechten Jungen, den das gewaltige Schicksal des Sachseherzogs Witwenkind nicht packen wird. (Aufwärts)

Passend für Konfirmationsgeschenke.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den Verlag Ludwig Ugelent, Dresden A 27



Braubach-Alten

Haus Friedrich

Christliches Erholungsheim nur für Erwachsene. Ruhiges, alkoholfreies Haus mit herrlicher Rheinaussicht. Besitzer August Friedrich und Frau

Telefon 34. — Prospekte frei.

Töchterheim des Diakonissenhauses Kassel

staatl. anerkannte Haushaltungsschule, Landgraf Karlstr. 23, bietet jungen Töchtern Gelegenheit, sich zu tüchtigen Frauen und Müttern auszubilden. Näheres Prospekt.

Urspringschule

Kloster Ursprung bei Schelllingen (Schwäb. Alb) 550 u. M. Post Blaubeuren-Land. Evangelisches Landschulheim für Knaben und Mädchen. Realgymnasium bis Abitur. Fremdsprachen: (Lat., Griech., Französisch, Engl., Ital., Span.) in besonderen Kursen. Kleine Klassen. Gefunde stille Lage in schöner Landschaft. Man verlange das Werbeheft.

Telegramm aus

Bad Salzuflen

Frühlingskuren haben begonnen (Herz, Rheuma, Nerven, Luftwege u.a.m.)

Ermäßigte Kurtaxe - Pauschalkuren
Prosp. d. Reisebüros u. Badeverwaltung.

Zur Konfirmation:

Kufe

an Deutschlands Jugend

(3. erw. Auflage, geb. 1.30)

Das ist ein frisches, lebendiges Buch, das zu jungen Menschen zu sprechen versteht! Ueber allerlei brennende Fragen der Gegenwart, die tiefen jungen Mann erpakt bleiben, wird hier ein entschiedenes und klares Wort gesprochen.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den Verlag Ludwig Ugelent, Dresden A 27

35jähr. staatl. gepr., erfahrene Krankenschwester sucht

Stelle

oder Vert. in Krankenhaus oder Gemeinde, bescheidene Ansprüche. Angebote unter A 1273 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Kinderhaus

Seimgarten

Gegr. 1905

Jugendheim an d. Bergstraße bei Darmstadt.

Erfolg des Elternhauses, vorübergehend oder dauernd. Schule für Schulanfänger und Fortgeschrittene. 15 Kinder.

Harmonium

gebraucht, billig und günstig zu verkaufen

H. Thunert & Söhne, Bad Oeynhausen Herforderstraße 47

Zwei fleißige

junge Männer

21 Jahre alt, suchen baldige Stellung. Einer als Chauffeur mit Führerschein 3b, der sämtliche Reparaturen erledigen kann, nebenbei Elektriker ist. Der andere als Beifahrer oder sonstige Arbeit. Zeugnisse vorhanden. Angebote unt. A 1250 an d. Geschäftsst. d. Bl.